

## V-22 Beschluss Beschlüsse (vorläufig)

Antragsteller\*in: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 27.01.2018

### Europäische Kooperation im Verteidigungsbereich nutzen – Das Friedensprojekt Europa stärken!

1 Die Europäische Union ist ein Friedensprojekt. Es ist eine historische Errungenschaft, dass  
2 Konflikte heute am Verhandlungstisch und nicht länger auf Schlachtfeldern ausgetragen  
3 werden. 2012 wurde die EU für diesen Einsatz für Frieden, Versöhnung, Demokratie und  
4 Menschenrechte in Europa mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet – zu Recht! Insbesondere  
5 mit dem Vertrag von Lissabon hat sie es sich zur Aufgabe gemacht, auch nach außen kohärent  
6 zu wirken: „Frieden zu erhalten, Konflikte zu verhüten und die internationale Sicherheit zu  
7 stärken“. Kein Mitgliedsstaat der EU kann diesen Aufgaben alleine gerecht werden. Will die  
8 EU bei der Reduzierung von Instabilität, der Bekämpfung von massiven  
9 Menschenrechtsverletzungen und der Beendigung von Krisen in ihrer unmittelbaren  
10 Nachbarschaft und darüber hinaus eine wirkliche Rolle spielen, müssen ihre Mitgliedsstaaten  
11 im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik viel stärker kooperieren als  
12 bisher.

13 Erste Schritte hin zu mehr Kooperation wurden in den letzten zwei Jahren gegangen. Die Hohe  
14 Vertreterin Mogherini hat 2016 die „Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik  
15 der Europäischen Union“ veröffentlicht. 2017 hat die Europäische Kommission das  
16 „Reflexionspapier über die Zukunft der europäischen Verteidigung“ lanciert und im Dezember  
17 2017 wurden 17 Kooperationsprojekten im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit  
18 (Permanent Structured Cooperation, PESCO) geschaffen. PESCO ist ein Format der  
19 unterschiedlichen Geschwindigkeiten, an dem nur die Mitgliedsstaaten teilnehmen, die das  
20 wollen und sich bereit erklären, die entsprechenden Kriterien zu erfüllen. Trotzdem haben 25  
21 von 28 Mitgliedsstaaten die Kooperation unterzeichnet. PESCO ist also zu einem (fast)  
22 gesamteuropäisches Projekt geworden. In einer Zeit, in der Rechtspopulisten in ganz Europa  
23 das Hohelied auf den Nationalstaat singen, ist eine derartige Kooperation nationaler  
24 Streitkräfte auf europäischer Ebene ein beeindruckendes Symbol der Stärke des europäischen  
25 Projektes.

26 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen grundsätzlich eine verstärkte Kooperation im Bereich der  
27 Sicherheits- und Verteidigungspolitik, insofern dadurch das Primat des Zivilen der  
28 europäischen Außenpolitik nicht geschwächt wird und es nicht zu einer Stagnation oder  
29 Reduktion notwendiger Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit und die Humanitäre Hilfe  
30 kommt. Die Schere zwischen zivilen und militärischen Ausgaben in den nationalen Haushalten  
31 der EU-Mitgliedsstaaten darf nicht weiter aufgehen. Nur dadurch kann gewährleistet werden,  
32 dass die EU in die Lage versetzt wird, die in Artikel 43(1) des Vertrags von Lissabon  
33 beschriebenen Aufgaben: „Abrüstung, humanitäre Aufgaben, Aufgaben der Konfliktverhütung und  
34 Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich friedenschaffender Maßnahmen  
35 und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten“ besser bewältigen und verstärkt  
36 nachgehen zu können.

37 Bei einer Kooperation im Sicherheits- und Verteidigungsbereich auf europäischer Ebene darf  
38 es nicht nur um die Steigerung der militärischen Effizienz und den Abbau von  
39 Kooperationshemmnissen gehen. Ein derartiges Projekt darf nicht missbraucht werden, um

40 Rüstungsausgaben zu erhöhen und eine ineffiziente und intransparente Rüstungsindustrie  
41 weiter zu subventionieren, wie es jetzt der europäische Verteidigungsfond vorsieht. Sondern  
42 es muss vor Allem darum gehen, dass die EU die Aufgaben des Vertrags von Lissabon  
43 vollumfänglich erfüllen kann. Dazu fehlen derzeit zivile und militärische Fähigkeiten, bspw.  
44 einsatzfähige Battle Groups, Mediationsteams, Technik zur Überwachung von  
45 Waffenstillstandsabkommen, Fähigkeiten zur Gewährleistung humanitärer Hilfe in  
46 Blockadelagen, ausgebildete Teams zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen oder eine  
47 Strategie für politische Missionen zur Stabilisierung von Staaten in Nachkriegssituationen.  
48 An der Frage, ob es gelingt hier vorwärts zu kommen, müssen sich aktuelle und kommende  
49 Kooperationsprojekte messen lassen. Eine Vertiefung der Zusammenarbeit im  
50 Verteidigungsbereich darf nicht dazu führen, dass zivile Gelder sicherheitspolitisch  
51 zweckentfremdet werden, wie es u.a. durch die Öffnung des Instruments für Stabilität und  
52 Frieden (IcSP) für militärische Zwecke zu befürchten ist. Darüber hinaus darf die vertiefte  
53 Integration der Verteidigungspolitik nicht dazu genutzt werden, Maßnahmen zur  
54 Migrationsabwehr, bzw. eine europäische Abschottungspolitik voranzutreiben. Zudem muss die  
55 finanzielle Trennschärfe von entwicklungspolitischen und militärischen Maßnahmen zu jeder  
56 Zeit gegeben sein.

57 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist klar: Eine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene muss immer  
58 strategisch auf eine präventive, auf friedliche Konfliktlösung gerichtete und  
59 menschenrechtsgeleitete Außenpolitik ausgerichtet bleiben. Eine verstärkte Kooperation im  
60 Verteidigungsbereich muss der EU die entsprechenden Mittel zu ihrer Umsetzung an die Hand  
61 geben. Es braucht nicht mehr nationale Aufrüstung der jeweiligen EU-Mitgliedstaaten, sondern  
62 mehr Kooperation. Eine regelmäßige Erhöhung der nationalen Verteidigungsausgaben, wie sie im  
63 Ratsbeschluss zur Einsetzung der PESCO verpflichtend festgeschrieben ist, lehnen wir ab.  
64 Deswegen wollen wir Grünen die zunehmende Kooperation im Verteidigungsbereich kritisch  
65 begleiten, mitgestalten und uns dafür einsetzen,

- 66 • dass die längst fällige Debatte um die strategische Ausrichtung der europäischen  
67 Sicherheits- und Verteidigungspolitik endlich nachgeholt und in Anlehnung an nationale  
68 Weißbuchprozesse geführt wird; öffentlich, engagiert, entlang konkreter Szenarien und  
69 begleitet von Debatten in den nationalen und dem europäischen Parlament,
- 70 • dass Diplomatie, Prävention, Mediation, Dialog und Versöhnung weiterhin das Fundament  
71 und den Ausgangspunkt europäischer Außen- und Sicherheitspolitik bilden und diese  
72 Maßnahmen weiter gefördert werden,
- 73 • dass Militär immer nur als äußerstes Mittel eingesetzt wird. Alle Einsätze müssen  
74 völkerrechts- und grundgesetzkonform sein, das heißt nicht in verfassungswidrigen  
75 Koalitionen der Willigen stattfinden. Die Beteiligung der Bundeswehr an bewaffneten  
76 Einsätzen im Rahmen der EU darf nur mit einem Mandat der Vereinten Nationen erfolgen.  
77 Einsätze müssen immer in eine umfassende zivile Gesamtstrategie eingebettet sein. VN-  
78 geführte Missionen haben für uns immer Vorrang vor EU- oder NATO-geführten Einsätzen.
- 79 • dass Synergien zwischen den Mitgliedsstaaten genutzt werden, um nationale  
80 Verteidigungsausgaben einzusparen und damit Verteidigungsprojekte nicht den  
81 europäischen Haushalt belasten,
- 82 • dass die ineffiziente und intransparente europäische Rüstungsindustrie grundlegend neu  
83 strukturiert und reformiert wird sowie eine restriktivere und verbindliche  
84 Rüstungsexportpolitik in der EU und Deutschland gesetzlich verankert wird.

- 85 • dass die Entscheidung über die Entwicklung konkreter Fähigkeiten mit Hinblick auf die  
86 VN-fähigkeit der EU geschieht und das Verhältnis von NATO und EU bei der Entwicklung  
87 der europäischen Verteidigungszusammenarbeit geklärt wird,
- 88 • dass die zunehmende Kooperation im Verteidigungsbereich mit einer Stärkung von  
89 Strukturen der parlamentarischen Kontrolle und Mitbestimmung insbesondere auf  
90 europäischer Ebene einhergeht. Der Parlamentsvorbehalt des Bundestags oder langfristig  
91 der des Europäischen Parlamentes darf durch die europäische Kooperation weder  
92 unterlaufen noch abgebaut werden und dass
- 93 • Maßnahmen zur Kohärenzförderung zwischen verschiedenen Politikfelder wie  
94 Energiepolitik, Entwicklungspolitik, oder Handelspolitik, entwickelt werden.

95 Die zunehmende Kooperation der europäischen Mitgliedsländer im Verteidigungsbereich ist eine  
96 einmalige Chance, das Friedensprojekt Europa zu stärken. Sie setzt ein deutliches Zeichen  
97 gegen wachsenden Nationalismus und Nationalstolz. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden diesen  
98 Prozess aktiv und im Sinne des Vertrags von Lissabon mitgestalten. So wird die Europäische  
99 Union der Verantwortung, die aus der Annahme des Friedensnobelpreises erwächst, ein Stück  
100 gerechter.